

**CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
UWG/Freie Wähler, Die Fraktion
FRAKTIONEN IM RAT DER STADT MEERBUSCH**

Resolution des Rates der Stadt Meerbusch:

„Modellregion NahFAIRkehr" - Für einen zukunftsweisenden, nachhaltigen und solidarischen Nahverkehr im Rhein-Kreis Neuss

Die Energiewende und der Klimawandel stellen den Rhein-Kreis Neuss vor eine gewaltige politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderung. Als Region, die durch ihre Braunkohleindustrie geprägt wird, ist der Rhein-Kreis Neuss eine der am stärksten von dem Strukturwandel betroffenen Landkreise Deutschlands.

Die industrielle Transformation stellt den Rhein-Kreis Neuss jedoch nicht nur vor Herausforderungen, sondern bietet auch Chancen: Der Rhein-Kreis Neuss kann Vorbild für eine Gesellschaft von morgen werden, in der eine zukunftsorientierte Wirtschaft mit sicheren Jobs im Einklang mit den Prinzipien der Nachhaltigkeit etabliert wird. In diesem Zusammenhang stellt die Mobilitätswende eine zentrale Chance dar.

Mit der landesweiten Einführung des E-Tickettarifs zum Ende des Jahres 2021 sowie der Aufnahme des S-Bahn-Netzes „Rheinisches Revier" in das Strukturstärkungsgesetz des Bundes sind erste signifikante Veränderungen der Mobilität im Rhein-Kreis Neuss schon jetzt in der Umsetzung bzw. geplant.

Der Rat der Stadt Meerbusch lobt diese Entwicklungen ausdrücklich und setzt sich ferner dafür ein, den Rhein-Kreis Neuss sowie die ihm angeschlossenen Kommunen im Rahmen der Mobilitätswende landes- und/oder bundespolitisch als „Modellregion NahFAIRkehr" zu etablieren. Aufgrund seiner sowohl städtisch als auch ländlich geprägten Räume sowie seiner Lage im Zentrum der Ballungsräume Köln/Düsseldorf/Mönchengladbach/Aachen ist er in idealtypischer Weise geeignet, als Testfeld für einen zukunftsweisenden, nachhaltigen und solidarischen Nahverkehr zu fungieren und im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitung

bewährte Konzepte zur landes- bzw. bundesweiten Implementierung hervorzubringen.

Die Zielsetzung dieser Modelregion NahFAIRkehr wird wie folgt präzisiert:

- 1) Die zivilgesellschaftliche Beteiligung bei der Weiterentwicklung des Nahverkehrs ist zu stärken. Mit einem ganzheitlichen Mobilitätskonzept werden die Kommunen des Rhein-Kreises Neuss vorangehen und zivilgesellschaftlichen wie privaten Akteuren die Möglichkeit bieten, die Mobilitätswende im Austausch mit Politik und Verwaltung auf Basis der Bedürfnisse direkt Betroffener zu gestalten.
- 2) Trotz der Einführung des E-Tickettarifs gibt es — beispielsweise beim Bahnpreis von Meerbusch nach Düsseldorf in Höhe von 6,00 Euro — nach wie vor Optimierungspotentiale. Der Rat der Stadt Meerbusch setzt sich daher für eine Erprobung eines deutlich vergünstigten Fahrpreises über einen aussagekräftigen Zeitraum im Rahmen der Modellregion ein. Orientierung kann die 2019 vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) im Rahmen seiner Bewerbung zum Klimaschutzprogramms 2030 des Bundes angedachte Absenkung des Fahrpreises auf 2 Euro auf Stadt/Kreis- bzw. 4 Euro auf Verbundebene.
- 3) Der Rat der Stadt Meerbusch setzt sich im Rahmen der Modellregion NahFAIRkehr dafür ein, das dreigliedrige Mobilitätssystem aus (regionalem) Schienenpersonennahverkehr, (inter-)städtischem Busverkehr und an die Quartiere und Ortsteile angebundene Mobilitätspunkten in Abstimmung mit dem Rhein-Kreis Neuss und benachbarten Kommunen fortzuentwickeln und stärker miteinander zu verzahnen. Dabei werden alternative Mobilitätsangebote (z.B. Rufbusse, AST, Jugendtaxis usw.) berücksichtigt und erprobt. Ebenso sind (dezentrale) Park&Ride und Sharing-Angebote sowie die Rad- und Fußgängerinfrastruktur (inkl. sicheren Abstellmöglichkeiten) zu stärken.
- 4) Der Rat der Stadt Meerbusch setzt sich im Rahmen der Modellregion „NahFAIRkehr“ für den barrierefreien Ausbau der Mobilitätsangebote (Transportmittel und Mobilitätspunkte) ein. Dies gilt unter Berücksichtigung des jüngsten VRRStationsberichtes insbesondere auch für „kleinere“ Bahnhöfe.